

8.Dezember 2010

**Kritische Notizen
zum
„Endbericht zum Forschungsvorhaben „Einkommensentwicklung im Freistaat
Sachsen“. Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden. Dresden
2010“**

Das ifo-Institut, Niederlassung Dresden, hat im Auftrag der FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag ein Forschungsvorhaben zur Einkommensentwicklung in Sachsen durchgeführt. Der Endbericht des Forschungsvorhabens wurde am 22.November 2010 veröffentlicht. Die Interpretation der Ergebnisse des Forschungsvorhabens durch den Auftraggeber deckt sich nicht immer mit den Daten, auf denen der Endbericht beruht. Auch zum Endbericht des ifo-Instituts selbst gibt es Kritikpunkte.

DER BERICHT – ANMERKUNGEN UND KRITIK

Der Bericht des ifo-Instituts analysiert eingangs die Entwicklung der Beschäftigung in West- und Ostdeutschland und kommt zu folgendem Schluss: „Im verarbeitenden Gewerbe sind in Ostdeutschland transformationsbedingt vergleichsweise wenig Arbeitnehmer beschäftigt, wobei hier eine steigende Tendenz zu beobachten ist. Die Beschäftigungsanteile in den privaten Dienstleistungsbereichen liegen ebenfalls unter dem westdeutschen Niveau, aber der Unterschied ist hier deutlich geringer. Im öffentlichen Sektor hingegen sind in Ostdeutschland relativ gesehen deutlich mehr Personen angestellt.“¹

Im öffentlichen Sektor (Dienst) sind in Ostdeutschland aber nur deswegen relativ gesehen mehr Personen angestellt als im privatwirtschaftlichen Bereich, weil im produzierenden Gewerbe Arbeitsplätze en masse vernichtet wurden und damit die Gesamtzahl der ostdeutschen Erwerbstätigen dramatisch zurückging. Auch im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands wurden Arbeitsplätze abgebaut, aber weniger stark, als im privaten Sektor. Deswegen ist die relative Bedeutung des öffentlichen Sektors in Ostdeutschland gestiegen.

Schauen wir uns das Ganze in Zahlen an:

¹ Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden. Endbericht zum Forschungsvorhaben „Einkommensentwicklung im Freistaat Sachsen“. Dresden, 22. November 2010, S. 12 f.

Tab. 1
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt 1991 – 2007²

| | Sachsen | Rheinland-Pfalz | Neue Bundesländer | | Alte Bundesländer | |
|-------------|-----------|-----------------|-------------------|------------|-------------------|------------|
| | | | Ohne Berlin | Mit Berlin | Ohne Berlin | Mit Berlin |
| 1991 | 2.130.200 | 1.473.300 | 6.451.100 | 8.002.800 | 27.098.200 | 28.649.900 |
| 2007 | 1.719.300 | 1.617.700 | 5.099.100 | 6.475.200 | 28.812.800 | 30.188.900 |

Zwischen 1991 und 2007 gingen in Sachsen 410.900 Arbeitsplätze verloren, in Ostdeutschland ohne Berlin 1.3 Millionen (mit Berlin: 1.5 Millionen). Im gleichen Zeitraum entstanden in Westdeutschland (ohne Berlin) 1.7 Millionen Arbeitsplätze (mit Berlin: 1.5 Millionen).

Tab.2
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe 1991 – 2007³

| | Sachsen | Rheinland-Pfalz | Neue Bundesländer | | Alte Bundesländer | |
|-------------|---------|-----------------|-------------------|------------|-------------------|------------|
| | | | Ohne Berlin | Mit Berlin | Ohne Berlin | Mit Berlin |
| 1991 | 926.200 | 564.800 | 2.598.300 | 3.053.000 | 10.492.000 | 10.946.700 |
| 2007 | 456.400 | 439.800 | 1.264.000 | 1.452.800 | 7.891.200 | 8.080.000 |

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen traf vor allem das produzierende Gewerbe - übrigens in Ost- und in Westdeutschland, allerdings nicht im gleichen Ausmaß. In Sachsen und in Ostdeutschland wurde die Hälfte aller Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe vernichtet, in Westdeutschland „nur“ ein knappes Drittel.

Wie hat sich demgegenüber der öffentliche Dienst entwickelt?

Tab.3
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Öffentlichen Verwaltung 1991 – 2007⁴

| | Sachsen | Rheinland-Pfalz | Neue Bundesländer | | Alte Bundesländer | |
|------|---------|-----------------|-------------------|------------|-------------------|------------|
| | | | Ohne Berlin | Mit Berlin | Ohne Berlin | Mit Berlin |
| 1991 | 164.600 | 163.800 | 563.400 | 732.900 | 2.471.100 | 2.640.600 |
| 2007 | 146.400 | 143.100 | 483.000 | 637.200 | 2.014.800 | 2.169.000 |

² Zahlen laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. Die Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind durchgängig, unter Berücksichtigung der öffentlichen Verwaltung, nur bis 2007 verfügbar. Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder benutzen die Begriffe „neue Bundesländer“ und „alte Bundesländer“, nicht die Begriffe „Ostdeutschland und Westdeutschland“. Der besseren Vergleichbarkeit wegen halten wir uns in den Tabellen an die Begrifflichkeit der statistischen Ämter. Um einen guten Vergleich zu ermöglichen, geben wir für die neuen und die alten Bundesländer jeweils die Zahlen mit und ohne Berlin an. Die Zahlen des ifo-Instituts für Ostdeutschland sind Zahlen für die neuen Bundesländer mit Berlin.

³ Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

⁴ Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Die Zahlen umfassen Beschäftigte in den Bereichen Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung. Die Begriffe öffentliche Verwaltung und öffentlicher Dienst werden hier synonym verwendet.

Die Tabelle zeigt: überall wurden im öffentlichen Dienst Arbeitsplätze abgebaut, auch in Sachsen und Ostdeutschland. Die Tabelle zeigt ebenfalls: der öffentliche Dienst Sachsens ist keineswegs überdimensioniert. Sachsen liegt auf der gleichen Höhe wie das Referenzland Rheinland-Pfalz.

Und wie hat sich der Anteil des öffentlichen Dienstes an den Beschäftigten insgesamt entwickelt?

Tab.4

Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der öffentlichen Verwaltung an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insgesamt⁵ (in%):

| | Sachsen | Rheinland-Pfalz | Neue Bundesländer | | Alte Bundesländer | |
|------|---------|-----------------|-------------------|------------|-------------------|------------|
| | | | Ohne Berlin | Mit Berlin | Ohne Berlin | Mit Berlin |
| 1991 | 7.7 | 11.1 | 8.7 | 9.2 | 9.1 | 9.2 |
| 2007 | 8.5 | 8.8 | 9.5 | 9.8 | 7.0 | 7.2 |

Die Statistik zeigt: wegen des starken Abbaus von Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft ist das relative Gewicht des öffentlichen Dienstes gestiegen. Der Anstieg hält sich aber in Grenzen. Sachsen liegt unter dem ostdeutschen Durchschnitt und auch unter dem Durchschnitt des Referenzlandes Rheinland-Pfalz.

Trifft es zu, dass in Ostdeutschland im öffentlichen Dienst „deutlich mehr“ Personen beschäftigt sind, wie das ifo-Institut meint?

Tab. 5

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Dienstleistungsbereichen, 2007.⁶

| | Sachsen | Rheinland-Pfalz | Neue Bundesländer | | Alte Bundesländer | |
|---|---------|-----------------|-------------------|------------|-------------------|------------|
| | | | Ohne Berlin | Mit Berlin | Ohne Berlin | Mit Berlin |
| Öffentliche Verwaltung | 146.400 | 143.100 | 483.000 | 637.200 | 2.014.800 | 2.169.000 |
| Grundstück- und Wohnungswesen | 214.700 | 166.700 | 656.100 | 919.300 | 3.859.700 | 4.122.900 |
| Handel, Instandhaltung und Reparatur | 219.700 | 235.400 | 670.000 | 833.300 | 4.344.700 | 4.508.000 |

Betrachtet man die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und vergleicht die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit zwei anderen Dienstleistungsbranchen, mit „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“, sowie mit

⁵ Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

⁶ Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

„Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistern“, kann man schon erste Zweifel bekommen, ob die Auffassung des ifo-Instituts zutrifft. Der öffentliche Dienst hat in Sachsen und in Ostdeutschland nicht mehr, sondern weniger Beschäftigte als privatwirtschaftliche Bereiche wie Finanzierung und Unternehmensdienstleistung bzw. Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

Die absoluten Zahlen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind im Übrigen nicht sehr aussagekräftig, wenn man verschiedene Bundesländer miteinander vergleichen will. Die absoluten Zahlen sagen nicht, wie viele Beschäftigte Vollzeit und wie viele Teilzeit arbeiten. Deswegen errechnet man bei Vergleichen üblicherweise zunächst sogenannte Vollzeitäquivalente und setzt diese dann in Beziehung zu 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Der Finanzwissenschaftler Dieter Vesper hat im September 2010 im Auftrag des DGB-Bezirk Sachsen den Haushaltsplan 2011/2012 der Sächsischen Staatsregierung unter die Lupe genommen und dabei auch analysiert, wie Sachsen im Vergleich zu anderen ost- und westdeutschen Bundesländern mit öffentlichem Dienst ausgestattet ist. Sein Ergebnis: „Was die Anzahl der Landesbediensteten je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner angeht, so sind im Vergleich zwischen dem Freistaat Sachsen und den ostdeutschen Flächenländern bei den Vollzeitäquivalenten je Einwohner kaum Unterschiede feststellbar. In Sachsen lag 2009 die Zahl der in Vollzeitäquivalenten gemessenen Landesbediensteten bei 23,95 je 1000 Einwohner, im Durchschnitt der ostdeutschen Länder (ohne Sachsen) waren es 24,04. Sowohl für Deutschland insgesamt als auch für Rheinland-Pfalz, das wegen seiner Struktur gerne als Referenzland genommen wird, errechnen sich sehr ähnliche Relationen.“⁷ Deutschland insgesamt hat 24,16 Beschäftigte im Öffentlichen Dienst je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Rheinland-Pfalz 23,99. Sachsen liegt damit noch unter dem Niveau von Ostdeutschland, unter dem Niveau von Westdeutschland und unter dem Niveau von Rheinland-Pfalz. Dass der öffentliche Dienst Sachsens überproportional viele Beschäftigte hätte, kann man im Gegensatz zum ifo-Institut nicht sagen.

Nach der Analyse der Beschäftigungsentwicklung analysieren die Autoren des ifo-Berichts die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft.

Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft

Sie konzentrieren sich dabei zunächst auf die Bruttolöhne und –gehälter im verarbeitenden Gewerbe. Dem ifo-Bericht zufolge sind die Löhne des verarbeitenden Gewerbes in Westdeutschland bis 2008 auf „knapp 40.000 EUR“ gesteigert worden.⁸ Das ist eine etwas großzügige Rundung. Tatsächlich betragen die Bruttolöhne- und Gehälter im verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands 2008 (ohne Berlin) im Durchschnitt 39.048 EUR (mit Berlin: 39.101). Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Bruttolöhne und -gehälter im verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands im Jahr 2009 wieder gesunken sind, auf 37.663 EUR (ohne Berlin, mit Berlin: 37.734).

Im Osten, schreiben die Autoren des Berichts, „sind die Verdienste im verarbeitenden Gewerbe trotz der relativ großen Lohndifferenz zu Westdeutschland verglichen mit anderen Wirtschaftszweigen auf einem sehr hohen Niveau“.⁹

⁷ Dieter Vesper: Auswirkungen der Kürzungspolitik im Haushaltsplan 2011/2012 auf Einkommen, Wirtschaft und Beschäftigung im Freistaat Sachsen- Gutachten im Auftrag des DGB-Bezirk Sachsen- Berlin, im September 2010, S. 17.

⁸ Einkommensentwicklung, S. 20.

⁹ Einkommensentwicklung, S. 22.

Für eine Studie, die den Titel „Einkommensentwicklung in Sachsen“ trägt, wäre es sicher reizvoll gewesen, nicht nur Ost- und Westdeutschland miteinander zu vergleichen, sondern Sachsen in den Zusammenhang zu stellen. Dabei hätte sich gezeigt, dass Sachsen keineswegs einen Spitzenplatz einnimmt.

Die durchschnittlichen Bruttolöhne des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen liegen mit 25.661 EUR im Jahr 2009 geringfügig über dem ostdeutschen Durchschnitt ohne Berlin (25.374 EUR), aber deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt mit Berlin (27.383 EUR).

Vergleicht man die Bruttolöhne und –gehälter des verarbeitenden Gewerbes in den ostdeutschen Flächenländern, nimmt Sachsen nur den dritten Platz ein. An erster Stelle steht Brandenburg mit einem Durchschnittsbruttolohn von 27.235 EUR, an zweiter Stelle Sachsen-Anhalt mit 25.691 EUR.

Die Auffassung der Autoren des ifo-Berichts, die Löhne des verarbeitenden Gewerbes stünden in Ostdeutschland auf einem sehr hohen Niveau, hält der Konfrontation mit der sächsischen Wirklichkeit also nicht Stand. Im Produzierenden Gewerbe Sachsens wurden 25.151 EUR verdient, in der Dienstleistungsbranche 27.366, in der Branche Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden des Freistaats 31.788 EUR.

Auch die übrigen Kapitel der Studie, die sich mit der Einkommensentwicklung im Baugewerbe, Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen befassen, geben ausschließlich Zahlen für Ostdeutschland wieder. Sachsen wird leider nicht berücksichtigt. Zusammenfassend kommen die Autoren des ifo-Instituts dann aber immerhin zu dem Schluss, „dass die Löhne in den ostdeutschen Wirtschaftszweigen der Privatwirtschaft noch deutlich hinter denen in Westdeutschland zurückliegen“.¹⁰

Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst

Was die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst angeht, kommt die Studie des ifo-Instituts zunächst zu dem Ergebnis, dass die Lohnangleichung zwischen West- und Ostdeutschland zügiger vorangeschritten ist, als in der privaten Wirtschaft und verweist zur Erklärung auf die Tarifbindung der öffentlichen Arbeitgeber.¹¹ Eine weitere Erklärung erwähnt sie nicht: Das Produktivitätsniveau hat sich im öffentlichen Dienst West- und Ostdeutschlands in der Zwischenzeit weitgehend angeglichen. Im öffentlichen Dienst Sachsens wird in der Zwischenzeit 91% des Produktivitätsniveaus der alten Bundesländer erreicht.¹²

„Die Entlohnung in der öffentlichen Verwaltung in Ostdeutschland“ ist laut ifo-Bericht „verglichen mit der hiesigen Wirtschaft relativ hoch. Im Westen liegen die Bruttolöhne und –gehälter in der Verwaltung nur geringfügig über dem Gesamtdurchschnitt und auf ähnlichem Niveau wie im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“. Im Osten hingegen ist die Bezahlung hier deutlich überdurchschnittlich und wird nur von den Löhnen im „verarbeitenden Gewerbe“ überboten.“¹³

Die Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sprechen eine andere Sprache.

¹⁰ Einkommensentwicklung, S. 28.

¹¹ Einkommensentwicklung, S. 31.

¹² Leonore Hesse/Carola Hoffmann/Heike Matticzki u.a.: Wirtschaftsentwicklung 2009 in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, Nr. 3/2010, S. 11.

¹³ Einkommensentwicklung, S. 31.

Tab.6

Bruttolöhne und –gehälter je Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer ausgewählter Branchen in Sachsen, den neuen und den alten Bundesländern sowie Rheinland-Pfalz (Zahlen für 2007)¹⁴

| | Sachsen | Rheinland-Pfalz | Neue Bundesländer | | Alte Bundesländer | |
|--|---------|-----------------|-------------------|------------|-------------------|------------|
| | | | Ohne Berlin | Mit Berlin | Ohne Berlin | Mit Berlin |
| Durchschnitt aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | 22.037 | 26.277 | 21.859 | 22.891 | 28.081 | 28.019 |
| Öffentliche Verwaltung | 24.916 | 28.568 | 26.777 | 27.720 | 30.185 | 30.220 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 26.311 | 37.117 | 25.926 | 27.830 | 38.379 | 38.427 |
| Bergbau | 31.788 | 37.815 | 33.397 | 33.538 | 37.057 | 37.083 |
| Energie- und Wasserversorgung | 37.197 | 40.534 | 36.838 | 38.893 | 46.305 | 46.331 |
| Kredit | 33.894 | 35.607 | 32.598 | 35.253 | 41.123 | 41.149 |

Im Lichte der Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Thesen der Autoren des ifo-Instituts nicht haltbar. Im Westen wie im Osten, in Sachsen wie in Rheinland-Pfalz liegen die Bruttolöhne und –gehälter der öffentlichen Verwaltung über dem Durchschnitt der Bruttolöhne aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber auch dass im Osten die Durchschnittslöhne des öffentlichen Dienstes überdurchschnittlich hoch seien und nur vom verarbeitenden Gewerbe übertroffen würden, ist nicht haltbar, erst recht nicht für Sachsen, wie unsere Tabelle zeigt.

Zum Abschluss ihres Berichts unternehmen die Autoren des Ifo-Instituts den interessanten Versuch, nicht nur Bruttolöhne und –gehälter miteinander zu vergleichen, sondern mithilfe des regionalen Preisindex des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung auch zu ermitteln, wie die Reallöhne der Branchen in den verschiedenen Bundesländern aussehen und diese miteinander zu vergleichen. Das wichtigste Ergebnis dabei ist, dass auch bei den Reallöhnen noch erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West bestehen und zwischen Sachsen und den alten Bundesländern eine erhebliche Lücke klafft.

Als durchschnittliche reale Bruttolöhne und Gehälter aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Sachsen im Jahr 2007 hat das Ifo-Institut 23.158 EUR ermittelt. Das ist der zweite Platz unter allen neuen Bundesländern (hinter Brandenburg mit 23.201 EUR), aber immerhin noch über 3.000 EUR weniger, als in Rheinland-Pfalz.¹⁵ Auch bei den realen Bruttolöhnen und Gehältern des verarbeitenden Gewerbes nimmt Sachsen (27.649 EUR) den zweiten Platz unter den ostdeutschen Flächenstaaten ein (hinter Brandenburg mit 28.647 EUR), und auch hier trennt Sachsen und Rheinland-Pfalz (37.354 EUR) sehr viel, die Differenz beträgt fast 10.000 EUR.¹⁶

¹⁴ Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Öffentliche Verwaltung umfasst auch Verteidigung und Sozialversicherung, Bergbau auch die Gewinnung von Steinen und Erden, Kredit auch das Versicherungsgewerbe.

¹⁵ Einkommensentwicklung, S. 86.

¹⁶ Einkommensentwicklung, S. 89.

Betrachtet man die realen Bruttolöhne und –gehälter im Baugewerbe, dann hat Sachsen (21.611 EUR) nur den vierten Platz unter den neuen Bundesländern, in dieser Branche ist Brandenburg mit 21.257 EUR das Schlusslicht unter den ostdeutschen Flächenstaaten.

Sehr erstaunlich, auch für die Autoren des ifo-Instituts, ist das niedrige Reallohn- und Gehaltsniveau des öffentlichen Dienstes in Sachsen. Der Freistaat nimmt im Vergleich aller deutschen Bundesländer den letzten Platz ein: „Trotz eines sehr moderaten Preisniveaus blieb der Freistaat als einziges Bundesland unter 26.000 Euro realen Bruttolohns.“¹⁷

Sachsen hat also im öffentlichen Dienst das niedrigste Reallohn- und Gehaltsniveau aller deutschen Bundesländer. In Baden Württemberg verdient man 1.202 EUR mehr, in Mecklenburg-Vorpommern 1.728 EUR mehr und in Sachsen-Anhalt 2.258 EUR mehr, als in Sachsen. In Rheinland-Pfalz sind es 2.567 EUR mehr, in Thüringen 2.922 EUR mehr, in Bayern 3.052 EUR mehr und beim Nachbarland Brandenburg gibt es im öffentlichen Dienst 3.157 EUR mehr an realen Bruttolöhnen und –gehältern. Sachsen ist leider das Schlusslicht aller deutschen Bundesländer.

Im Schlussteil ihres Berichts versuchen die Autoren dann aber, ihre brisante Aussage, dass im öffentlichen Dienst Sachsens die niedrigsten realen Bruttolöhne und –gehälter in der ganzen Bundesrepublik Deutschland gezahlt werden, abzuschwächen. Erneut betonen sie, „dass das sachsenweite Lohnniveau im öffentlichen Dienst relativ hoch ist“ und nur vom verarbeitenden Gewerbe übertroffen werde.¹⁸ Wir haben oben schon gesehen, dass dies nicht der Fall ist. Außerdem führen sie aus: „Der öffentliche Dienst ist der einzige Sektor, in dem kein Ost-West-Gefälle in Bezug auf die realen Einkommen zu erkennen ist.“¹⁹ Für Sachsen trifft das aber nicht zu. Es gibt ein sehr erhebliches Gefälle zwischen Sachsen und allen anderen alten Bundesländern, wie wir gesehen haben.

ARBEITSPLATZRISIKEN

Ihr Kapitel 6, „Arbeitsplatzrisiken im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft“ scheinen die Autoren ohne Berücksichtigung der jüngeren Entwicklung in Sachsen verfasst zu haben. Bei einem Abbau von 16.000 Stellen bis zum Jahre 2020 allein bei den Landesbediensteten kann man wohl kaum noch von einem geringen Arbeitsplatzrisiko im öffentlichen Dienst reden.

Erklärung der Begriffe:

Arbeitsproduktivität

Verhältnis der preisbereinigten wirtschaftlichen Leistung zum Arbeitseinsatz. Dabei wird heute meist der Arbeitseinsatz in Erwerbstätigenstunden gemessen.

Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer

Als Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer wird gezählt, wer als Arbeiterin oder Arbeiter, Angestellte oder Angestellter, Beamter, RichterIn oder Richter, Berufssoldatin oder Berufssoldat, als Soldatin oder Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistender, Auszubildende oder Auszubildender, Praktikantin/Praktikant, Volontärin/Volontär in einem Arbeits-

¹⁷ Einkommensentwicklung, S. 96. Abbildung 56 auf S. 97 gibt als realen Bruttolohn 26.183 EUR an.

¹⁸ Einkommensentwicklung, S. 104.

¹⁹ Einkommensentwicklung, S. 112.

oder Dienstverhältnis steht und hauptsächlich diese Tätigkeit ausübt. Dabei ist die Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden wöchentlichen Arbeitszeit unerheblich. D.h., dass auch geringfügig Beschäftigte oder Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter zu den Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern zählen.

Bruttolöhne und –gehälter

Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

Reallohn

Lohn, der der tatsächlichen Kaufkraft entspricht.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung besteht aus den statistischen Ämtern aller deutschen Bundesländer. Als nicht stimmberechtigte Vertreter gehören dem Arbeitskreis außerdem das Statistische Bundesamt sowie (für den Deutschen Städtetag) das Bürgeramt Statistik der Stadt Frankfurt a.M. an. Aufgabe des Arbeitskreises ist es, die für ganz Deutschland vorliegenden statistischen Ergebnisse (z.B.: Anzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) auf die einzelnen Bundesländer aufzuteilen.

Mehr Informationen:

Willy.Buschak@dgb.de

Die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind abrufbar über:

<http://www.vgrdl.de>

Die Studie des ifo-Instituts kann von der Webseite der FDP-Fraktion des Sächsischen Landtages heruntergeladen werden:

<http://www.fdp-fraktion-sachsen.de>